

Kürzungen in Aussicht: Droht ein Rückschritt für Österreichs Zukunft?

Am 17. Jänner 2025 diskutiert ORF-III über die geplanten Einsparungen von 6 Milliarden Euro durch FPÖ und ÖVP.
Welche Folgen hat das?

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Am Freitag, dem 17. Jänner 2025, dreht sich in der Politiksendung „zur SACHE“ im ORF III alles um die umstrittenen Sparpläne von FPÖ und ÖVP. Wie **orf.at** berichtet, soll heuer ein Sparpaket in Höhe von 6 Milliarden Euro geschnürt werden. Zu den Einsparungen zählen drastische Kürzungen in der Verwaltung und bei Förderungen, darunter die Streichung des Klimabonus sowie der Bildungskarenz. Auch das Klimaticket und die steuerliche Förderung für Photovoltaikanlagen stehen auf der Kippe. Obwohl die Regierung mitteilt, dass dies ohne neue Steuern möglich sein soll, bleiben viele Fragen hinsichtlich der tatsächlichen Auswirkungen auf die Bevölkerung und die Wirtschaft bestehen. Drohen Kürzungen bei den Sozialleistungen und Rückschritte bei den Klimazielen?

Kritik an den geplanten Einsparungen

Wie aus einem Bericht des Ö1-Mittagsjournals hervorgeht, könnte die Abschaffung des Klimabonus besonders einkommensschwächere Haushalte stark belasten. Diese Maßnahme wurde bereits kritisiert, da sie eine ungleiche Belastung zur Folge hätte – während wohlhabendere Bürger relativ zu ihrem Einkommen weniger betroffen wären, würde die Streichung ärmere Menschen deutlich härter treffen. Die Verhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP verlaufen nicht ohne

Spannungen: In Fragen zu Verteidigung und Europapolitik bestehen erhebliche Differenzen zwischen den beiden Parteien, was zu möglichen Komplikationen führen könnte, berichtet **orf.at**.

Zusätzlich vermeldet das Fiskalratsbüro, dass die Einsparungen in Zusammenhang mit der automatischen Valorisierung der Sozialleistungen und steuerlichen Begünstigungen für E-Autos und Photovoltaikanlagen kommen könnten. Um den Schuldenstand zu senken und ein EU-Defizitverfahren zu vermeiden, plant die Regierung höhere Einnahmen durch Sonderdividenden von Staatsunternehmen. Beabsichtigt wird auch eine Erweiterung der Tabaksteuer, Glücksspielabgabe und Digitalsteuer, um neue Einnahmequellen zu erschließen. Während Finanzminister Gunter Mayr von einer „positiven Grundstimmung“ nach Gesprächen mit der EU-Kommission spricht, ist die Umsetzung der Sparpläne mit vielen Unsicherheiten behaftet, insbesondere hinsichtlich der zu erwartenden Einsparungen.

Details	
Vorfall	Finanzmarkt
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • orf.at

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)